

Ercheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gepalte Beilzeit

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 46 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telefon: Ami IV, 2120

Berlin, den 18. November 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Aus Rheinland und Westfalen. II. — Ein „christliches“ Karakari. — Streits und Lohnbewegungen. — Aus unierem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 20. bis 26. November ist der 47. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Hannover. Die Portefeuille und Buchbinder stehen im Streit.
Kathenow. Der Streit der Stuhlarbeiter und Portefeuille dauert unverändert fort.
Sottingen. Hier stehen die Portefeuille und Buchbinder in einer Tarifbewegung.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.
Die deutschen Gewerkschaften haben beschlossen, sich an der

Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden, welche im Frühjahr 1911 eröffnet wird, zu beteiligen. Das Gebiet, welches dort zur Ausstellung gelangt, ist ein äußerst wichtiges und umfangreiches, und die Gewerkschaften können nicht besser ihren kulturfördernden Charakter zum Ausdruck bringen, als daß sie sich an der Mitarbeit in weitestem Maße betätigen. Soweit die Materie der Arbeitszeitverkürzung dabei in Frage kommt, sind wir an der Hand unserer eigenen Statistik in der Lage, einwandfreies Material zu liefern. Schwieriger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Hygiene des Arbeitsraumes, und zwar sowohl in der statistischen Feststellung dessen, was wir schon erreicht haben, als auch dessen, was noch erreicht werden muß. Es erscheint uns daher geboten, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen, um rechtzeitig mit geeignetem Material aufwarten zu können. Den Ortsverwaltungen ist mit dieser Nummer der Zeitung eine Anzahl Fragebogen zugegangen, von denen im Bedarfsfalle noch mehrere nachverlangt werden können. Diese Fragebogen müssen sofort den

Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe aus-
gehändigt werden, so daß die
Aufnahme der augenblicklichen hygienischen
und sanitären Zustände in den Betrieben in der
Woche vom 21. bis zum 26. November

erfolgen kann. Die Fragebogen sind am 28. November von den Ortsverwaltungen wieder einzusammeln und umgehend, spätestens aber bis zum 10. Dezember, an den Zentralvorstand einzusenden. Den Ortsverwaltungen geht außerdem noch ein Fragebogen zu, auf dem die Errungenschaften auf dem Gebiete der Hygiene, welche seit dem 1. Januar 1905 bis heute durch die Organisation erzielt wurden, aufgezeichnet werden sollen. Auch diese Bogen sind bis zum 10. Dezember einzusenden. Die Funktionäre werden gebeten, nur streng sachgemäße Angaben zu machen und sich von jeder Uebertreibung fernzuhalten. Zudem wir nochmals bitten, den gesetzten Termin einzuhalten, zeichnet

Mit kollegialischem Gruß
Der Zentralvorstand
F. A. P. Blum,
Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Aus Rheinland und Westfalen.

Als das industriereichste Land kann man ohne Zweifel Rheinland-Westfalen bezeichnen. Fast jeder Zweig der Industrie ist hier vertreten. In den kleinsten Orten, in den entlegensten Tälern sieht man Fabrikschloten rauchen. Der Kapitalist weiß, warum er seine Fabriken hierher verlegt. Spart er doch hier durch die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter große Summen an den Löhnen, kann er doch hier die Arbeiter durch eine lange Arbeitszeit bis auf das äußerste ausnützen.

Wer Geseligenheit hatte, diese bemitleidenswerten, ausgemergelten Gestalten zu sehen, wie sie noch vor Arbeitsbeginn bis zum Arbeitsplatz und nach Feierabend bis zu ihrem arbeitsigen Heim stundenweite Wege zurücklegen haben, wie sie dann, je nach der Jahreszeit, noch ihr Ackerden oder Gärten besetzen, der kann begreifen, daß auch in den ländlichen Gebieten die Volksgesundheit mehr und mehr zurückgeht. Und nicht zum geringeren Teile trägt der Alkohol sein gut Teil dazu bei, die Volksgesundheit zu untergraben. Der Arbeiter, durch lange Arbeitszeit abgeradert, infolge kärglichen Lohnes an Unternahrung leidend, greift zum Fusel, und zwar zum schlechtesten, um seine abgestumpften Nerven wieder „aufzufrischen“. Tag für Tag das ewige Einerlei. Kunstgenüsse, gute Vorträge künstlerischen oder wissenschaftlichen Inhalts werden den Arbeitern nicht geboten. Das hier noch allmächtige Zentrum hat ein Interesse daran, daß dieses nicht geschieht. Nur ab und zu, wie z. B. in der letzten Zeit, um Protest gegen die Rede des Bürgermeisters

Kathen in Rom einzulegen, so auch bei sonst „passenden Gelegenheiten“ findet mal eine Versammlung des „Volksverein“ für das katholische Deutschland“ statt, zu der der Merus Zutreiberdienste leistet. In der Versammlung selbst wird alles das heruntergerissen, was nicht auf das Programm des „Volksvereins“ schwört.

Es braucht wohl nicht noch besonders betont zu werden, daß es unter diesen Umständen schwer ist, die Arbeiterschaft aus ihrer Bedürfnislosigkeit herauszureißen und die gewerkschaftlichen Ideen in sie hineinzupflanzen. Selbst den „christlichen“ Gewerkschaften will es nur schwer gelingen, in diese Gebiete einzudringen.

Auf den Bezirkstagen der katholischen Arbeitervereine wird die größte Propaganda für die christlichen Gewerkschaften gemacht, trotzdem will es im eigenen Mutterlande, und als dieses ist Rheinland und Westfalen für die christlichen Gewerkschaften anzusehen, nicht recht vorwärts geben. Dieses mußte selbst das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, in ihrer Nummer vom 22. Oktober, die ganz der Agitation für die christlichen Gewerkschaften gewidmet ist, zugeben. 50 000 in Rheinland und Westfalen im freien Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Metallarbeitern stehen nur 16 000 „Christlich“ organisierte Metallarbeiter gegenüber. Und in den anderen Verbänden, außer in den Bergarbeiterverbänden, liegen die Verhältnisse ähnlich.

Vom „christlichen“ Lederarbeiterverbande können wir für unseren Beruf keine Zahlen anführen. Man kann aber einen Vergleich ziehen, wenn man die Mitgliederzahl der Verbände der lebergewerblichen Berufe über ganz Deutschland zugrunde legt. Nach den Angaben des Reichs-Statistischen Amtes für das 3. Quartal 1910 (Reichs-Arbeitsblatt Nr. 10) haben die freien Verbände rund 68 000 Mitglieder, die Sirsch-Dundersche Gewerkschaft 5000 und der christliche Lederarbeiterverband nur 4500. Angesichts dieser Zahlen braucht man wohl kein Wort mehr über die Bedeutungslosigkeit dieses Verbändchens gegenüber den freien Verbänden zu verlieren. Hat doch der Verband der Sattler und Portefeuille allein weit über 12 000 Mitglieder. Welcher Unterschied gegenüber dem Allverbandsverbänden.

Trotz der Propaganda in den konfessionellen Arbeitervereinen mag die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ über die Interesslosigkeit der Arbeitervereinsmitglieder gegenüber den christlichen Gewerkschaften. Und ist dieses vollständig klar und begreiflich.

In den rückständigen Gebieten, wo die Arbeiterschaft noch nichts von dem Hauche der modernen Arbeiterbewegung verspürt hat, wehrt man sich meistens auch gegen das Eindringen der „christlichen“ Gewerkschaften. Der Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen ist ein bereites Zeugnis dafür. Kapitalismus und Merus wollen keine

„unzufriedenen Elemente“. Deshalb müssen auch die christlichen Gewerkschaften, die ja angeblich auch für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten wollen, abgelenkt werden.

Man sagt „angeblich“, denn nach dem Verhalten der „christlichen“ Arbeitervertreter in den Parlamenten, bekommt man eine andere Auffassung. Hier gehen die „Arbeitervertreter“ mit der Reaktion durch und kümmern sich nicht darum, daß die Arbeiterklasse immer mehr und mehr mit indirekten Steuern belastet wird, trotzdem man vor den Wahlen das Gegenteil versprochen hat.

Zu der Auffassung, daß die „christlichen“ Gewerkschaften wirklich nur angeblich für die wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiterklasse eintreten, wird man noch benachrichtigt, wenn man die Ausführungen liest, die der Generalsekretär der „christlichen“ Gewerkschaften, Herr Zieglerwald, in einer Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, die am 28. und 29. September d. J. in Köln, stattfand, gemacht hat. Der Generalsekretär der Zentrums-gewerkschaften sagte da, daß die allgemeine Situation der sozialdemokratischen Agitation außerordentlich günstig sei, wie überhaupt die deutschen Verhältnisse der sozialdemokratischen Propaganda in die Hände gearbeitet haben. Herr Zieglerwald vergißt natürlich dabei zu sagen, daß in diesen Verhältnissen die bürgerlichen Parteien im allgemeinen und das Zentrum und die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft ganz besonders hervorragend ein voll gerüttelt Maß von Schuld tragen. Nachdem der Herr Generalsekretär sich nach zentrumschrittlicher Weise mit der Sozialdemokratie beschäftigt hat, sagt er:

„Intensive Beschäftigung mit diesen Erscheinungen (Erscheinungen des Wirtschaftslebens und der Sozialdemokratie. D. Red.) unsererzeit, muß die Arbeiterschaft vorbereiten. An einer solchen Aufklärungsarbeit kommen die „christlichen“ Gewerkschaften um so weniger vorbei, als sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften immer mehr eins werden, wie also noch mehr als bisher mit beiden rechnen müssen.“

Also nicht das Bestreben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiterklasse soll die „christlichen“ Gewerkschaften in Zukunft leiten, sondern es sollen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bekämpft werden. „Aufklärungsarbeit“ ist hier gleichbedeutend mit Bekämpfung, die doch schon ein Vielfaches mehr für die Arbeiterklasse getan haben, als das Zentrum und das ganze „Christen“tum zusammen. (Siehe auch die Ausführungen des Herrn Bischofs Ritter von Henle.)

Und deshalb geht man auch nicht dorthin, wo die Arbeiterschaft noch unter den rücksichtlosen Verhältnissen leidet. Denn dort gibt es ja keine Bekämpfung der Partei und Gewerkschaften. Dort könnte man sonst schließlich gar noch dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft auf die freie Gewerkschaftsbewegung ernst aufmerksam gemacht würde, und das muß vermieden werden.

Dieses sowohl, wie auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse darf dort nicht besprochen werden, denn sonst könnte man sich auch mit den „Bürgern „Christlicher“ Konfessionen“ überwerfen, die, nach dem Statut des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes aus dem Jahre 1905, „Ehrenmitglieder“ werden können, wenn sie einen Mindestbeitrag von 5 M. pro Jahr leisten.

Ob andere christliche Gewerkschaften auch „Ehrenmitglieder“ gegen Mindestbeitrag aufnehmen können, wird nicht nachprüfen, derartige Bestimmungen mögen wohl auch mitunter absichtlich aus dem Statut herausgelassen worden sein. Doch dies aber überhaupt geschehen ist — und wenn man einmal „Ehrenmitglieder“ hat, kann man diese doch nicht so leicht wieder hinauswerfen —, charakterisiert die christlichen Gewerkschaften zur Genüge.

Geben die „Christen“ nun auch nicht in die Gegenden, in denen das Feld für die christlichen Gewerkschaften noch am günstigsten ist, so doch um so mehr dorthin, wo die freien Gewerkschaften vorgearbeitet haben, und wo man dann diese nach M. Gladbacher Art zu verdächtigen sucht. Haben die christlichen Gewerkschaften in den erwähnten Gebieten den Klerus gegen sich, so

sehen wir hier den Klerus als eifrigen Förderer der Zentrums-gewerkschaften, und zwar nur zu dem Zweck, die für freien Gewerkschaften zu bekämpfen.

So sehen wir denn, daß die christlichen Gewerkschaften immer mehr und mehr dazu übergehen, die freien Gewerkschaften mit den schabigsten Mitteln zu bekämpfen, statt dafür zu sorgen, daß auf wirtschaftlichen Gebiete die Verhältnisse für die Arbeiterschaft gebessert werden. Die Bekämpfung der freien Gewerkschaften ist Lebensaufgabe der Zentrums-gewerkschaften. Man braucht nur ihre Gewerkschafts-presse zu verfolgen, manche Nummern sind die reinen Schimpfnummern.

In nächster Zeit wird dies noch schlimmer werden. Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Die „christlichen“ Arbeitervertreter im Reichstage haben viel auf dem Kerbholz. Man befürchtet, daß sie den größten Teil ihrer paar Sitze an die Sozialdemokratie verlieren werden. Man befürchtet jedoch auch, daß die kommenden Wahlen noch mehr Aufklärung über die verräterische Politik der sogenannten „christlichen“ Arbeitervertreter unter die Wähler bringen werden, als dieses schon bisher geschehen ist.

Um dieses zu verhindern, operiert das Zentrum wieder mit dem „Kulturkampfgepenk“.

Darum die Bekämpfung der freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie durch die „christlichen“ Gewerkschaften, und darum die Verzerrung wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse erst in letzter Linie.

Und diese Gesellschaft nennt sich politisch neutral!!

Kollegen! Können Ihr solcher Gewerkschaft angehören? Wir sagen nein! Ein Kollege, der es ernt meint mit der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, kann einer „christlichen“ Gewerkschaft nicht angehören!

Kollegen! Für euch ist nur der Verband der Sattler und Portefeuller die Organisation, die eure Interessen mit Nachdruck vertreten kann.

Deshalb Sorge ein jeder Kollege dafür, daß sich unsere Reihen immer mehr stärken, denn in dem gleichen Maße wie diese sich verstärken, wird auch der Einfluß, den wir auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben können, sich erhöhen. Darum vorwärts! Hinein in den Verband *der Sattler und Portefeuller!

Tenn es gibt keine evangelische, katholische oder christliche Arbeiterfrage!

Als Berufsangehöriger hat jeder seine Interessen gemeinsam zu vertreten. Es gibt wohl einen ewigen Kampf der Weltanschauungen, der protestantischen, katholischen und atheistischen. Aber es gibt keine evangelische, katholische, atheistische Arbeiterfrage... es ist kein Zeichen christlichen Geistes, wenn besondere christliche Berufsorganisationen geschaffen werden. Denn der Christ soll sich in der Vertretung seiner Berufsinteressen von niemand überboten lassen. Er traut seiner Glaubensüberzeugung wenig Feigheit zu, wenn er sie im Zusammenarbeiten mit anderen Berufsangehörigen gefährdet sieht... Jedenfalls dient das Wort „christlich“ nur als Anhängeschild. (Pfarrer Traub-Dortmund.)

Ein „christliches“ Parakiri. *)

Die Hochburg der sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften ist bekanntlich Rheinland und Westfalen. Krampfhaft sind die Münchener-Gladbacher Jesuitenjuglinge jedoch bemüht, auch in anderen Gegenden festen Fuß zu fassen. Die Arbeiterschaft hat aber im allgemeinen sehr wenig Verständnis für die Deklamationen der „christlichen“ Sendboten von der „Notwendigkeit“ der „christlichen“ Gewerkschaften. Erst in letzter Zeit ist wieder von Münchener-Gladbacher aus die Parole an die gesamte „Christenheit“ herausgegeben worden, daß die „christlichen“ Gewerkschaften keine katholischen oder Zentrums-gewerkschaften seien, sondern, daß sie auch die protestantischen Arbeiter ebenso liebevoll wie die katholischen in ihre Reihen aufnehmen wollen. Die gesamte „christliche“ Gewerkschafts-presse und natürlich auch die „christlichen“ Arbeitersekretäre arbeiten denn auch seitdem mit Hochdruck, um der Welt weis-

*) Selbstentlebung, die nach den Umständen und Gebrauch unermesslich war.

zumachen, daß die „christlichen“ Gewerkschaften interkonfessionell seien. Daß den Münchener-Gladbacher diese ihre ologotteten Vertretungen von immer weniger Leuten geglaubt werden, wer kann's ändern? Das ist nun einmal der Zug der Zeit, die Menschen von heute sind mehr skeptisch als bläubig. Zudem sehen auch die Vernünftigen unter den Evangelisierenden in steigendem Maße ein, daß die Religion mit der rein wirtschaftlichen Organisation wirklich nichts zu tun hat. Das dem so ist, beweisen ja am besten die Unternehmerverbände, in denen „Weide, Jud' und Christ' einig beisammen ist“ und dadurch um so ersichtlicher die leider noch zerstückelten Arbeiterorganisationen zu bekämpfen vermögen.

Doch so leicht lassen die Jünger Kobolts sich bekanntlich nicht abweisen. Mit einer Hartnäckigkeit und „Energie“, die einer besseren Sache würdig wären, versuchen sie auch dort die Arbeiter in die „christlichen“ Gewerkschaften hineinzulocken, wo nach Lage der Sache wirklich „nichts“ zu holen ist. Jetzt haben diese Leute ihr Augenmerk auf Württemberg und vor allem auf das bereits sehr gut organisierte Stuttgart geworfen. Die Stuttgarter Arbeiterschaft weiß aber, was sie den freien Gewerkschaften zu verdanken hat und wieviel fallschuldig die Liebesbetreibungen dieser Pseudogewerkschaftler ab. Da nun alle Versuche, die dortigen Arbeiter „christlich“ zu organisieren, bisher so gut wie fehlschlagen sind, so man jetzt auf eine ganz neue, echt „christliche“ und außerdem grandios-geniale Idee verfallen. Das sogenannte „christliche“ Gewerkschafts-sturteil wendet sich nun an die Arbeitgeber, wie der Inhalt des nachstehenden Zirkulars beweist:

Stuttgart-Gamstadt, den 28. Oktober 1910.
 Ortskartell
 der christl. Gewerkschaften
 Stuttgart-Gamstadt
 Landhausstr. 41.
 P. V.

Das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften hier erlaubt sich hiermit, Sie über einen anderen Vertreter Ihrer Vereinigung zu der am Samstag, den 5. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Gasthauses „Zum Römischen König“, Dolzstr. 3, 2. Stock, hier stattfindenden Versammlung freundlich einzuladen.

Tagesordnung: „Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften“. Referent: Herr Paul Krug, Sekretär in Stuttgart. Nach dem Vortrage findet eine Diskussion statt.

Zu dieser Versammlung handelt es sich nicht darum, bestimmte Forderungen hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in besonderen zu vertreten. Es soll vielmehr zunächst über das Wesen und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften gesprochen und auch die Frage ganz besonders erörtert werden, ob es nicht im Interesse der Arbeitgeber selbst liegt, wenn sie den auf dem Boden der christlich-nationalen Weltanschauung, staatsstreuer und patriotischer Gesinnung stehenden Arbeiterorganisationen eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

In der angenehmen Hoffnung, Sie in unserer Versammlung begrüßen zu können, zeichnet mit aller Hochachtung
 Gustav Wahi, Kartellvorsitzender.

Ja, und ob das nicht im Interesse der Arbeitgeber liegt, wenn man die Arbeiterschaft zerstückelt? Das ist es ja eben, was wir immer behauptet haben: Nicht im Interesse der Arbeiter organisiert man „christliche“ Gewerkschaften, sondern im Interesse der Unternehmer. Endlich haben diese Schlafrüchler sich wieder einmal unwirksam im Adamslostinm gezeigt. Hier steht es schwarz auf weiß und außerdem noch „offiziell“.

Wir haben von den „christlichen“ Gewerkschaftsbrüdern schon manches Stüchchen erlebt. Die vorstehende hündische Anweisung der Arbeitgeber steht aber allem bisher Kennengelernten die Krone auf. Sie bedeutet nichts anderes, als daß die „christlichen“ Gewerkschaften Stuttgarts die jämmerliche Rolle der gelben Arbeitervertreter übernehmen und sich für vorkommende Fälle zur Vierung von Streikbrechern empfehlen wollen. Eine laubere Gesellschaft! Ihre feilscherige Tätigkeit hat trotz allem Tamtam und großmäuligem Gekrei nicht vermocht, den christlichen Gewerkschaften einen nennenswerten Anhang unter den Arbeitern und die Achtung der Arbeitgeber zu verschaffen. Bei allen Lohnkämpfen standen sie einflusslos und unbeachtet von Arbeiter wie Arbeitgeber bei Seite. Nun nichts mehr helfen will, legt man sich insgeheim den Unternehmern zu Füßen, um wenigstens so auf einer Seite Beachtung zu finden. Aber auch diese Mühe wird umsonst sein. Ein solches Verhalten kann nur dazu dienen, die „christlichen“ Gewerkschaften um den letzten Rest von Achtung zu bringen und sie mit dem gelben Streikbrechergeindel auf eine Stufe zu stellen, von dem jeder ehrliche Arbeiter sich mit Verachtung abwendet.

Ka. und die Arbeitgeber, die haben natürlich mit beiden Händen zugegriffen, oft wird ja den Herren so etwas auch nicht gehoben.

Am Sonnabend, den 5. November, fand im großen Saale des „Königlichen Böhmischen“ die „allgemeine christliche Gewerkschaftsversammlung“ statt, zu der auch das „Unternehmertum“ eingeladen war. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände waren denn auch erschienen. Der christliche Gewerkschaftssekretär Krug sprach über Arbeitgeber und christliche Gewerkschaften. Nachdem Herr Krug die freien Gewerkschaften zum Gaudium der Unternehmer kräftig heruntergerissen hatte, pries er seine „christlichen“ Gewerkschaften als die braven und manierlichen an, die dem lieben „Unternehmertum“ doch nicht wehe tun. Die Fabrikanten Ueber und Zimmermann, der Schreinermeister Krang und der Schuhmachermeister Werthe sprachen denn auch ihre Zufriedenheit aus mit den Ausführungen des Referenten, des „Arbeitersekretärs“ Krug. Unter solchen Umständen seien sie durchaus damit einverstanden, daß die Arbeiter sich in den christlichen Gewerkschaften organisieren. In einer längeren Resolution bekräftigten die „Christen“ zum Schluß noch, daß sie in den „Arbeitgebern“ einen „unvermeidlichen Faktor im gewerblichen Leben“ sehen und daß die christlichen Gewerkschaften unentwärtig gegen die Vergewaltigung der Produktionsmittel Stellung nehmen.

Mit dieser Versammlung sind die „Christen“ nun offiziell in die Reihen der „Gelben“ eingeschwenkt. Die große Sammlungsliste gegen die Klassenbewußte Arbeiterschaft reißt auch den „Christen“ die Maske vom Gesicht und zeigt sie aller Welt in ihrer wahren Gestalt. Das ist gut so, denn nun weiß auch der letzte Arbeiter, wie er mit den „Christen“ daran ist. Denn das ganze Vorgehen der „Christen“ ist in der Tat nichts anderes als eine Selbstabspaltung, als ein Hazakiri der christlichen Gewerkschaften. Der Ehrentitel „Gewerkschaft“ kommt diesen Leuten nicht mehr zu, sie müssen sich, wenn sie noch eine Spur Charakter heissen, als Prätorianergarde des „Unternehmertums“ bezeichnen. Das werden sie nicht tun, darum soll es unsere Aufgabe sein, solche Vorkommnisse der Vergessenheit zu entreißen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Wartung, Portefeuller! Dem Buchbinderstreik in Hannover haben sich auch die Portefeuller angeschlossen. Die Firma König u. Ehardt läßt nun Arsenwappen in Berlin, Offenbach und anderen Orten aufertigen. Die Kollegenstadt allerorts wird ersucht, diese Streitarbeit strikte abzuweisen und davon den zuständigen Ortsverwaltungen Mitteilung zu machen.

Sattler- und Portefeuller. Hier fand, wie wir der „Buchbinderzeitung“ entnehmen — uns ist leider kein Bericht zugegangen —, eine von 300 Personen (Buchbindern, Portefeullern und Hilfsarbeitern) besuchte Versammlung statt, die sich mit den Jugendstufen befachte, welche die Unternehmer den Arbeitern auf ihre Forderungen bis jetzt gemacht haben. Die Unternehmer wollen im wesentlichen folgendes bewilligen: 5 1/2 stündige Arbeitszeit (bisher 57 Stunden), für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 18 Mk., im zweiten Jahre 21 Mk., im dritten Jahre 23 Mk. und im vierten Jahre 24 Mk. Für Arbeiterinnen im ersten Halbjahre 8 Mk. und im zweiten 7,50 Mk. Im zweiten Jahre 8,50 Mk. und im dritten Jahre 10,50 Mk. pro Woche. Hilfsarbeiter über 20 Jahre, die mit Berufsarbeiten beschäftigt werden, sollen den gelerntem Gehilfen gleichgestellt werden. Der Tarif soll 5 Jahre Gültigkeit haben. Da diese „Zugeständnisse“ den Arbeitern selbstverständlich nicht genügen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 27. Oktober tagende, sehr stark besuchte Versammlung der in der Buchbinder-, Papier- und Lederwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Angebot der Arbeitgeber und weist dasselbe mit Entrüstung um den Arbeitgebern jedoch Entgegenkommen zu zeigen, beauftragt die Versammlung die Lohnkommission, weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu pflegen und hofft, daß die Arbeitgeber ebenfalls weiteres Entgegenkommen zeigen werden.“

Sollten wider Erwarten die Arbeitgeber keine weiteren Zugeständnisse machen, so sind die Versammelten gewillt, die äußersten Konsequenzen daraus zu ziehen.

Weiter sprechen die Versammelten ihrer Lohnkommission ihr vollstes Vertrauen aus und erklären, in Zukunft fest und treu zur Organisation zu halten und für den weiteren Ausbau derselben Sorge zu tragen.“

H. W. Die Lohnbewegung der Wiener Portefeuller ist durch Abschluß eines auf vier Jahre geltenden Tarifvertrages beendet. Das Resultat nach längerer Verhandlungen ist, wenn auch nicht alle Wünsche der Kollegenschaft befriedigt sind, als günstig zu bezeichnen. Eine Verklärung der Ar-

beitszeit durch Freigabe des Samstagmittags konnte nicht erzielt werden, dagegen Bezahlung der großen Feiertage. In den in die Monate September/Dezember fallenden Goldfeiertagen muß vier Stunden gearbeitet werden, der ganze Tag wird bezahlt. Außerhausarbeiter dürfen nur nach vollendetem 24. Lebensjahre beschäftigt werden. Damit ist der erste Schritt zur Einschränkung der Heimarbeit gemacht, der als Vorarbeit zur gänzlichen Abschaffung der Heimarbeit erfolgsversprechend ist. Anstatt der bisherigen Entlohnung nach Stunden wird Wochenlohn eingeführt. Die Minimal- und Garantielöhne erfahren folgende Erhöhung:

	Alter	Neuer Betrag	Alter	Neuer Betrag
Portefeuller, Ledergeranterearbeiter im ersten Jahre nach der Lehre	15,00	18,02		
im zweiten Jahre nach der Lehre	18,00	22,00		
Vorarbeiter, Muttermacher, Vergolder	28,00	32,00		
Garantielohn für Stückerbeiter	26,00	29,00		
Hilfsarbeiter	16,43	19,00		
Hilfsarbeiterinnen, im Alter von 14 Jahren aufgenommen	6,00	7,00		
Stepperinnen, Anschlägerinnen, Malerinnen	14,84	16,00		
Wartzeit für Stückerbeiter pro Stunde	—,50	—,60		

Aus unserem Beruf.

Gesentkirch. Eine Großindustriestadt. Rauchende Schöte, wovon der Wind auch schweift, fahrt reißt sich im Fabrik, Kohlenzucken in unendlicher Zahl. Wohin man sich wendet, überall die arbeitende Masse, das Proletariat herber. In engen Koloniewohnungen zusammengepfercht, führt die Mehrzahl ein freudloses Dasein oder sie verucht ihr Glend im Alkohol zu erlösen. Wer kann sich bei solchen Verhältnissen noch wundern, daß hier die Arbeiterbewegung noch nicht den Platz einnimmt, den sie einnehmen müßte. Aber Zentrum ist hier Trumpf und das besagt alles. Wohl schreitet die freie Arbeiterbewegung langsam und stetig vorwärts, wenigstens in der Montan- und Bergindustrie, aber es bedarf noch schwerer Kämpfe, um die Arbeiterschaft aus ihren Sklavenjesseln zu erlösen. Genau so erbärmlich wie in den meisten anderen Kleinereichen sieht es hier leider auch noch mit uns Sattlern. Das hier noch in voller Mächtigende Kost- und Logiswesen, die überlange Arbeitszeit und die damit zusammenhängenden Mängel, dies alles bedürfte so nötig der Abhilfe. Aber wann werden unsere Kollegen ihr Glend einmal erkennen lernen und auf Abhilfe sinnen? Bei kleinen Meistern, die in allem Möglichen, nur nicht in ihrem Handwerk ausgebildet sind, lernen und arbeiten nach der leicht jungen Leute, froh, nach beendeter Lehre überhaupt irgendwas ein Unterkommen gefunden zu haben. Der Kleinrenter nützt diese willige und billige Arbeitskraft natürlich aufs beste aus, denn keine Organisation hindert diese Erben daran. Wie ganz anders ist es doch in den Werkstuben, wo die organisierten Kollegen sitzen. Regelmäßige Arbeitszeit und wenigstens halbwegs anständige Löhne sind dort zu verzeichnen. Kollegen Gesentkirchens, wie lange noch wollt ihr so dahinbegehren? Wie lange noch wollt ihr euch selbst schädigen? Nun doch sicher nur solange, als ihr selbst es wollt! Aber das kann und das darf nicht euer Wille sein! Deshalb rufen wir euch zu: Besinnt euch eurer Pflicht, werdet Mitglieder des Verbandes der Sattler und Portefeuller, der euch stets in allen Lebenslagen hilfreich zur Seite steht. Wir können und brauchen nicht alles aufzugeben, was unsere Organisation bisher schon für ihre Mitglieder getan hat. Kollegen, kommt in die Versammlung, dort findet ihr Aufklärung in allen Fragen, dort werden wir euch Rede und Antwort geben. Unsere Versammlungen finden jeden ersten und dritten Samstag im Monat im Volkshaus (früher Kürrentorger Hof), Kaiserstr. 65/67, statt. Also Kollegen, fürchtet euch nicht vor eurem sogenannten Arbeitgebern, denn nur dem gebührt die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobert müß.

Korrespondenzen.

Sagen i. B. (S. 10. 11.) Zu der am 6. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung hatte sich Kollege Bernweh bereit erklärt, einen Vortrag über: „Heinrich Heine“ zu halten. Der Vortrag wurde mit regem Interesse verfolgt. Nachdem der Referent das Leben und Wirken des Dichters „von der Wiege bis zum Grab“ geschildert hatte, las er eine Reihe der von Heine verfaßten Gedichte vor. Es wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen lebhafter Beifall gezollt. Kollege Bernweh stellte uns für den Winter noch mehr solcher genuehreichen Abende in Aussicht, was lebhaft zu begrüßen ist, da diese sicher zur Erweiterung des

Bildungsgrades unserer Kollegen beitragen werden. Unter „Verhinderung“ verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Gauweiler betr. der in Aussicht genommenen Dinsgastation, welche vom 13. bis 20. November stattfinden soll. Da sich sämtliche Kollegen bereit erklaarten, mitzumachen, wurden dieselben auf Sonntag, den 13. d. M., morgens 11 Uhr, eingeladen, um die Einteilung der Bezirke vorzunehmen und das Material zu empfangen, um am Lusttage an die Arbeit zu gehen. Des weiteren wurde ein Antrag behufs Abhaltung einer Weihnachtsfeier abgelehnt mit dem Hinweis, die Kollegen möchten sich an den von den Gewerkschaften und der Partei gemeinsam arrangierten Feiern beteiligen. Nachdem noch eine Anfrage des Vereinswirtes, ob es nicht möglich sei, nur alle drei Wochen unsere Versammlungen abzuhalten, im Interesse der Entwidlung unserer Kasse vereint wurde, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, sich nun auch rege an der Dinsgastation zu beteiligen, damit dieselbe von Erfolg sei, gegen 12 Uhr die gutbesuchte Versammlung.

Aus anderen Organisationen.

Vom internationalen Metallarbeiterkongress wäre dem Bericht aus voriger Nummer noch hinzuzufügen, daß ein Antrag des Sekretärs (Schilde-Deutschland) etwa wie folgt lautete:

1. die Auskunftserteilung durch Verpflichtung der Landesvereine zu derselben oder, wenn eine solche nicht möglich, zur Mitteilung darüber,
 2. kostenlosen Uebertritt von der Organisation eines Landes zu der eines anderen Landes bei Aufenthalt im Ausland,
 3. Regelung etwaiger Disziplinarmaßnahmen bei Streiks und Ausspernung“
- ungemein lebhaft diskutiert und schließlich auch angenommen wurde, der jedoch ohne sofortige praktische Wirkung bleiben wird, weil die Engländer noch nicht soweit sind, um sich damit einverstanden erklären zu können. In England „sympathisier“ man wohl „prinzipiell“ mit der Tendenz des Antrages in Position 2, aber „praktisch“ kann man zu seiner Verwirklichung wegen der großen Zersplitterung der englischen Organisationen in kleinere Berufsverbände noch nichts tun. Im Jahre 1911 will man aber in England unter Hingziehung zweier Vertreter des Kontinents dieser Frage näher treten. Nachdem man noch bei der Besprechung der gegenseitigen Hilfsaktionen den Engländern wegen der vielen Sympathien und der geringen Unterhütungen, die diese den Schweden seinerzeit übermittelten, gründlich die Köpfe gewaschen hatte, wurde der Kongress geschlossen. Als Sekretär wurde Schilde wiedergewählt und diesem für seine Tätigkeit 1000 Mk. pro Jahr bewilligt.

Rundschau.

Parlamentarisches. Wir nähern uns jetzt mehr und mehr dem Wiederbeginn der Verhandlungen des Reichsparlamentes. Noch vor Ende dieses Monats treten die Reichstagen wieder zusammen, um — dann baldigt wieder in die Weihnachtsferien zu gehen. — Die Reichsversicherungsordnungskommission hat nach kurzer Unterbrechung ihre Arbeiten bereits wieder aufgenommen. Die zweite Lesung des vierparagrafenigen Kontrahats hat beim 3. Bund (Anfallversicherung) begonnen. Die Sozialdemokraten beantragten die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Dienstleistungen zur Rettung von Personen oder Sachen aus Feuergefahr, auf Apotheken und endlich auf Gast- und Schankwirtschaften, sofern sie regelmäßig mehr als zehn Personen beschäftigen. Diese Anträge wurden zum Teil gestellt, weil zwischen der 1. und 2. Lesung Eingaben der beteiligten Unternehmer für die Ausdehnung des Versicherungszwanges eingegangen sind. Während der Beratung dieser Anträge wurden aber noch so viele weitere Anträge gestellt, daß die Kommission die Abstimmung auf die nächste Sitzung vertagte, weil dann die neuen Anträge gedruckt vorliegen werden.

Darauf fand eine eingehende Aussprache über einen Antrag des Freiherrn v. Camp-Massauen statt, der territoriale Unfallversicherungsgesellschaften für die Betriebe fordert, in denen nicht mehr als zehn Arbeiter regelmäßig beschäftigt werden. Der Antrag, für den außer dem Antragsteller nur der Zentralverband zuzustimmen ist, wurde einer Subkommission überwiesen. Wir werden auch über wichtige Ergebnisse der zweiten Lesung weiter berichten.

Aus Baden ist wieder einmal etwas zu berichten, das jedem braven Preußen (d. h. nur unseren Krautjüngern) die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Die dortige Regierung will zur Verminderung der Fleischnot französisches Schlachtvieh, allerdings nur in beschränktem Umfang, zur Einfuhr zulassen. Auch andere süddeutsche und mitteldeutsche Staaten, wie Bayern, Württemberg und Gotha, haben sich

mit der Fleischnot befaßt und nach Lage der Sache in antipreußischem Sinne Stellung nehmen müssen. Der Hanswurst von Januschau, der Herr v. Eidenburg, hielt darüber eine Rede über das „Ende des Reichs“! — Doch was werden alle junkerlichen Lamentationen nützen, der Stein ist im Rollen, hat doch sogar, man sollte es nicht für möglich halten, der preußische Minister des Handels einer Deputation gegenüber von der bestehenden Fleischnot gesprochen. Für Preußen einfach unerhört! Und sicher wird diesem Waghalsigen oder nur Unvorsichtigen (?) für diese Entgleisung in kürzester Zeit der Junkerjorn den Ministerfessel unter dem Allerwertesten wegziehen, so daß der Mann wieder in die Wolfschlucht des profanen Nichts zurücktaumelt, aus der er gekommen ist. — Das ist es ja eben, wir gehen schlimmen Zeitläuften entgegen, und so wenig sich die Regierung darüber beklagen kann, daß es keine „zuverlässigen“ Richter gäbe, so sehr sind die Herren in die Lage verfaßt, konstataren zu müssen, daß breite Volksschichten immer „unzuverlässiger“ werden. Wie weit aber die Bege gegen die freien Jugendorganisationen, die namentlich durch die Polizei, und wirkungsvoll unterstützt durch die wider beider Konfessionen — so hat sich z. B. in neuester Zeit auch das größte Schwammmaul des Reichstages und des Zentrums, Herr Mathias Erzberger für „ein vom christlichen Geiste durchwehtes Erziehungsgeßel für die heranwachsende Jugend“, lies: Knebelungsgeßel für die Arbeiterjugend, ins Zeug gelegt — bereits gediehen ist und die gewünschte Wirkung auf die „allerhöchste Person“ ausgeübt hat, zeigt folgender Vorgang. Der Deutsche Kaiser soll bei einer Ansprache bei der Vereidigung von Rekruten die hohe verantwortliche Stellung der Soldaten im Staatswesen hervorgehoben und betont haben, daß diese Verantwortung deshalb so schwer sei, weil der Soldat die Pflicht des unbedingten Gehorsams gegenüber seinem Kriegsherrn jederzeit vor seinem Gewissen zu vertreten habe. Einen Konflikt zwischen Pflicht und Gewissen gebe es aber bei einem rechtfertigbaren Soldaten nicht! — Da haben unsere Reaktionsäre bereits einen Beweis für den Erfolg ihrer gewissenlosen Bege. Der Deutsche Kaiser lehrt also wieder zurück zu seiner Auffassung von vor 20 Jahren, die etwa lautete: ein braver Soldat muß auf Befehl auch auf Vater und Mutter schießen, sonst ist er kein braver Christ! — Wir meinen, daß die Verantwortung, die ein um seine und seiner Familie Existenz kämpfender Arbeiter auf sich genommen hat, eine ungleich höhere als die eines jeden preußischen zwanzigjährigen Rekruten ist. — Notabene wird der „Staat“, den der Rekrut zu „schützen“ hat, in letzter Linie doch nur durch die arbeitende Bevölkerung dargestellt, erhalten und, wenn es sein muß, auch verteidigt.

Die nationale Presse schlägt frenetisch vor Freude über ihren Erfolg natürlich die tollsten Purzelbäume, gar nicht bedenkend, daß erit soeben einer ihrer Hauptstimmen, der famose Bruhn, moralisch arg geschunden und zerhaut, wenn auch freigesprochen, vom Stuhl zurückgeführt ist. Der Mann wurde freigesprochen, weil er nachweisen konnte, daß seine Handlungsweise nichts weiter als Unus (Gebrauch) der gesamten kapitalistischen Presse ist. — Wir fondolieren!

Die Parlamentswahlen in Amerika haben weitumfassende Bedeutung gewonnen dadurch, daß das amerikanische Volk brevi manu (kurzer Hand) die Tagelöhne, politischen Spitzbuben und Wucherer aller Kategorien, die ihre Vertretung in der sogenannten „republikanischen Partei“ hatten, zum Tempel hinausbefördert hat. Die Demokraten siegen mit einer Mehrheit von mehr als 40 Stimmen über die Republikaner. Diese Wahlen bedeuten den Zusammenbruch des internationalen Hochschutzollprinzips (Zollwäuer, Verteuerung aller Gebrauchsmittel). Die Zukunft muß allerdings erit zeigen, inwieweit das neue Parlament durchgreifend Remedur schaffen wird. In diesem Falle ist aber eine Rückwirkung auf alle Hochschutzollländer (auch auf Deutschland) unvermeidlich.

In Breslau errang die Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen einen überraschenden Sieg. Sechs Mandate wurde gewonnen, zwei glänzend behauptet; außerdem sind wir an zwei Stichwahlen beteiligt. Die Liberalen verloren 1 Mandat, die Konserverpartei 2 und die Christen 3 Mandate. Unsere Stimmen vermehrten sich um rund 6000.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt am Main errangen die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg. An Stelle der sechs ausgeschiedenen sind bereits 8 neue sozialdemokratische Stadtverordnete gewählt. Außerdem stehen sie noch in weiteren 11 Bezirken in Stichwahl.

Bei den Berliner Gewerbegerichtswahlen der Arbeitnehmer erhielten die freien Gewerkschaften 80 821 Stimmen gegen 75 958 im Jahre 1908, die „Christen“ 2824 gegen 2766, die „Kirche“ 2972 gegen 3732, die Wiesenthaler (Nekengaten des Metallarbeiter-

Verbandes: 2644 gegen 529 Stimmen im Jahre 1908. Die freien Gewerkschaften erhielten 64 Wähler, die anderen Gruppchen je 2. Das Resultat bedeutet also Zusammenbruch bzw. harter Rückgang der „Kirche“ und Christen und guter Erfolg der freien Gewerkschaften. Am besten schnitten jedoch die Wiesenthaler, die Unzufriedenen der Metallarbeiter, ab; sie ver fünfachten ihre Stimmzahl!

Von den 70 Mandaten der Arbeitgeber errangen die freien Gewerkschaften 21.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

In der letzten Zeit liefen von den Ortsverwaltungen viele Publikationen ein, worin unsere Mitglieder erucht wurden, die Adressen abgereicher Kollegen ausfindig zu machen. In den allerersten Fällen ist aber aus der Bekanntmachung zu ersehen, ob auch wirklich „Verbandsinteressent“ dabei in Frage kommen. In der Zukunft müssen wir alle derartige Bekanntmachungen zurückweisen, wenn nicht in ganz bestimmter Form der Nachweis geführt wird, daß die Ortsverwaltung mit ihren Wünschen berechtigte Interessen der Verwaltungsstelle oder des betreffenden abgereichten Kollegen vertritt. Anzeigen privater Natur können nur gegen Bezahlung im Interatenteil Aufnahme finden.

Die Karte Nr. 10 490 (Paul Schmor) ist verloren gegangen und daher für ungültig erklärt.

Briefkasten der Redaktion.

Sch. in St. Es kann sein, es ist so, oder auch umgekehrt, von hier aus kann ich das nicht so genau beurteilen. B. Gr. F. W.

Berlin. Der Artikel über die Portefeuilles- und Taschenbranche erscheint in nächster Nummer.

Alle Verwaltungsstellen, die Wert darauf legen, im nächstjährigen Verfallungs-kalender regelmäßig vermerkt zu werden, können schon jetzt die entsprechenden Notizen einreichen. Man sende uns die Postkarte mit der Angabe des Wochentages, des Datums, des Versammlungslokals und der Zeit der Versammlungseröffnung. Die Daten sind gleich für das ganze Jahr hindurch anzugeben. Die Kollegen ersparen dadurch Porto und Arbeit.

Adressenänderungen.

Göburg. R. U. bei K. W. Köhler, Keldstr. 8, von 6 1/2 7 1/2, Z. von 1 2 Uhr.

Sterbetafel.

Berlin. Henry Kroneberg, Violoncell-leger, 32 Jahre alt, Schwindstucht. Ehre seinem Andenkni

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

Bremen. Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Stadt Bittau“.

Berlin. Geschirrbrennde, Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminushallen“, Kommandantenstraße 58/59, Außerordentliche Versammlung.

Düsseldorf. Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Solingen. Sonntag, den 27. November, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung.

Stuttgart. Samstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eßlinger Straße 17, Mitgliederversammlung.

Aachen. Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, in „Waders Herberge“, Mitgliederversammlung.

Offenbacher Industriebezirk. Mit der Tagesordnung: „Was lehrt uns der gegenwärtige Tarifvertrag, und wie verbessern wir weiterhin unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ finden an folgenden Orten des Industriebezirks Versammlungen statt:

Seusenhausen. Montag, den 21. November, abends 9 Uhr, im „Weißen Hof“.

Alein-Huheim. Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

Referent für diese Versammlungen ist der Gau-leiter, Kollege Karl Böf, Offenbach, und wird vollen zähliger Besuch aller Mitglieder erwartet.

Anzeigen

Ortsverwaltung Offenbach a. M.

Samstag, den 26. November 1910:

Herbst-Fest = Kunst-Abend

im Gewerkschaftshaus, Aufstraße 9.

Mitwirkende: Offenbacher Musikverein, Frankfurter Künstler-Quartett und ein Aulophon-Virtuose (Mitglied der Frankf. Oper).

Nach dem Konzert Ball bei doppeltem Orchester. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eintrittskarten im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 27. November 1910

Urania-Sonder-Vorstellung

Taubenstraße 46/47.

„Der Vierwaldstättersee und der St. Gotthard.“

Eröffnung der Säle 1 Uhr :: Beginn der Vorstellung 2 Uhr

Billet mit Garderobe 60 Pf.

Dieselben sind im Bureau sowie bei den Komiteemitgliedern erhältlich. Billetts, welche bis zum 19. November nicht zurückgeliefert sind, gelten als verlaufen.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontraktmassen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich: 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück bester 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück bester 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. — 600 sende franco. — Nichtabnehmendes nehme unentgeltlich zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — Z. Wetter, Verbandsbau, Werthe C., Neue Götterstraße 16. Kein Baden, nur 1 Kreuz. — Begründet 1888.